

Die Städte ohne Gemüse.

Eine Umfrage des Städtetages.

Wie bereits gemeldet, hat der Deutsche Städtetag bei den 42 deutschen Städten über 100 000 Einwohner (ohne Groß-Berlin) eine Umfrage darüber veranstaltet, ob und in welchem Grade während der letzten Wochen Mangel an Obst und Gemüse geherrscht hat, und ob die Zufuhr von außen jetzt befriedigt. Wie wir nunmehr erfahren, sind darauf bisher 39 Antworten eingegangen, die mit verschwindenden Ausnahmen feststellen, daß die Versorgung mit Obst und Gemüse in den befragten Städten und insbesondere die Zufuhr von außen her während der letzten Wochen durchaus unzureichend gewesen war und noch jetzt ist. Das gilt insbesondere von Aachen, Altona, Augsburg, Barmen, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Halle, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Kiel, Köln, Königsberg, Krefeld, Leipzig, Magdeburg, Mülhausen i. E., Plauen, Posen und Wiesbaden. Ueber Obstmangel berichten außerdem Bochum, Braunschweig, Danzig, Dortmund, Duisburg, Wülshelm (Ruhr), Stuttgart. Mehrere Städte beschwerten sich darüber, daß die Versorgung durch die Reichsstelle nicht wirksam sei; eine mit dem Zusatz, daß schriftliche und mündliche Vorstellungen nicht zum Ziele geführt hätten. Sehr lebhafteste Beschwerde wird über die noch immer fortbestehenden Ausfuhrverbote und Ausfuhrbeschränkungen ganzer Landesteile geführt. Von mehreren Seiten wird beklagt, daß Inlandsware wegen unerhöhter Preistreibern in den Erzeugungsgebieten auch zu Höchstpreisen nicht zu erlangen sei. Eine Anzahl von Städten legt ihren Notstand dem Vorgehen der Auktäuser anderer Städte zur Last.

Ungeachtet dieses Ergebnisses hat der Vorstand des deutschen Städtetages an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes die Bitte gerichtet, möglichst bald die Maßregeln ins Werk zu setzen, über welche Ergellenz von Patocki mit dem Nahrungsmittelausschuß des Städtetages bereits in dessen letzter Sitzung einig geworden war und die neben der Beseitigung aller inneren Verkehrsbeschränkungen darauf hinausgehen, daß die Vorräte an Obst und Gemüse in den wichtigsten Erzeugungsgebieten von der Reichsstelle kräftiger als bisher erfaßt werden. Daneben bittet der Vorstand, die Erfüllung der von den Städten abgeschlossenen Lieferungsverträge mit allen der öffentlichen Gewalt zustehenden Mitteln, auch durch Strafandrohung sicherzustellen.